

Schutz für CSD in Leipzig: Polizei setzt auf Kooperation mit Veranstaltern

Die GdP fordert verbesserten Schutz für CSD-Teilnehmer in Leipzig nach Übergriffen in Bautzen durch rechtsextreme Gruppen.

In den letzten Wochen hat die Debatte über die Sicherheit bei Veranstaltungen zur Feier der LGBTQ+ Gemeinschaft neues Gewicht gewonnen. Insbesondere nach den rechtsextremen Protesten beim Christopher Street Day (CSD) in Bautzen, die mehr als 1.000 Teilnehmer und 680 Gegendemonstranten mobilisierte, ist die Notwendigkeit, diese Feiern besser zu schützen, in den Fokus gerückt.

Aufruf zur Zusammenarbeit zwischen Veranstaltern und Polizei

Jochen Kopelke, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen den Veranstaltern des CSDs und der Polizei, um Übergriffe zu verhindern. Er erklärte, dass die offizielle Demonstration gut organisiert sei, jedoch die Sicherheit während der An- und Abreise oder bei Feierlichkeiten in den Clubs problematischer sei. „Die Polizei kennt die genehmigten Versammlungen, aber was danach passiert, bleibt oft ungewiss“, so Kopelke.

Forderung nach Veränderung der Versammlungsgesetze

Um drohende Übergriffe besser zu regulieren und verhindern zu

können, plädiert die GdP für Änderungen im Versammlungsrecht der Bundesländer. Kopelke betont, dass die geltenden Gesetze den Einsatz der Polizei oft einschränken, was ein zügiges Eingreifen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen erschwert. „Ein einheitliches, strengeres Versammlungsrecht könnte hier Abhilfe schaffen“, stellte er fest.

Der historische Hintergrund des CSDs

Der Christopher Street Day hat seinen Ursprung in den Protesten gegen Polizeigewalt seitens der LGBTQ+ Gemeinschaft in den USA, die mit den Ereignissen am 28. Juni 1969 in der Bar „Stonewall Inn“ in New York verbunden sind. Diese Proteste sind zu einem Symbol für die Gleichheitsbewegung geworden und werden jährlich weltweit gefeiert, um an die Rechte von Schwulen, Lesben, Bi- und Transgender-Personen zu erinnern.

Vorbereitungen für den CSD in Leipzig

Die Atmosphäre ist angespannt, da in Leipzig ebenfalls ein CSD geplant ist, bei dem rechtsextreme Gruppen zu Protesten aufgerufen haben. Die Veranstalter in Leipzig werden aufgerufen, im Vorfeld eng mit der Polizei zu kommunizieren, um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten. Kopelke appelliert: „Ein offenes Gespräch kann dazu führen, dass wir präventiv agieren können.“ Eine abschließende Feier, wie sie in Bautzen abgesagt werden musste, solle in Leipzig möglichst vermieden werden.

Gemeinschaftsgeist und Solidarität

Die jüngsten Vorkommnisse unterstreichen die Herausforderungen, vor denen die LGBTQ+ Gemeinschaft steht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Solidarität unter den Teilnehmern der CSD-Veranstaltungen gestärkt wird und die Sicherheitskräfte proaktiv handeln, um Diskriminierung und Gewalt zu bekämpfen. Dies könnte auf lange Sicht nicht nur die

Sicherheit aber auch die Akzeptanz in der Gesellschaft fördern.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de